



## Presseinformation

Nr. 297/2004

Kiel, Donnerstag, 2. September 2004

Gesundheit/Pflege/Soziales

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Ekkehard Klug, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

**Christel Aschmoneit-Lücke, MdL**

**Joachim Behm, MdL**

**Günther Hildebrand, MdL**

**Veronika Kolb, MdL**

### Veronika Kolb: PLAISIR –Zügig Klarheit schaffen!

Zur Berichterstattung, dass eine Lizenzvereinbarung für die Berechnung von Pflegepersonal auf der Basis des Modells *PLAISIR* (PLANifikation Informatisée Infirmiers Requis – Informatisierte Planung der erforderlichen Pflege) gescheitert sei, sagte die sozialpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, **Veronika Kolb**:

„PLAISIR kann kommen – schon im nächsten Jahr“, so die Sozialministerin in der letzten Woche. Heute schon ist alles wieder offen.

Seit dem Beschluss des Landespflegeausschusses vom 4. September 2002 zur frühestmöglichen Einführung des Verfahrens „PLAISIR“ in Schleswig-Holstein auf der Grundlage des „Kieler Modells“ warten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Betreiber von Pflegeeinrichtungen auf ein Ergebnis. Jetzt, nach fast zweijährigen Verhandlungen, bekommen sie mitgeteilt, dass diese Gespräche gescheitert sind. Für solche zeitraubenden Verhandlungen in Berlin fehlt Schleswig-Holstein die Zeit.

Zwar wird PLAISIR nicht die Lösung aller Probleme liefern können, die im vollstationären Bereich bestehen. Doch es kann wesentlich dabei helfen, zu mehr Transparenz zu gelangen, mehr Gerechtigkeit herbeizuführen, die Gesamtdiskussion zu versachlichen und die richtigen Entscheidungen zur Bewältigung der Zukunftsprobleme zu treffen.

Deshalb ist es um so wichtiger, eine gemeinsame Lösung zu finden und auch auf in Deutschland bereits entwickelte Ansätze ergänzend zurückzugreifen“, sagte Kolb.

„Die Menschen brauchen jetzt endlich Klarheit. Weitere Zeitverzögerungen können wir weder dem Pflegepersonal noch den Pflegeheimbewohnern und ihren Angehörigen länger zumuten“, so Kolb abschließend.